


Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile am 13.05.2014

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:04 Uhr
Ende:	18:45 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Hutt
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 01.04.2014	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
4.1.	Dringliche Informationsaufforderung - Maßnahmen ge- gen Graffiti BE: Antragstellerin Frau Bongardt, Fraktion Freie Wähler hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice und Si- cherheit	0834/14

- 4.2. Dringliche Informationsaufforderung - Durchfahrt Michaelisstraße - Benediktsplatz **0936/14**
 BE: Antragsteller Herr Metz, Fraktion SPD
 hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates
- 5.1. Vertagung vom 21.01.2014/01.04.2014 **2317/13**
 Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 18.12.2013
 Beräumung des Mühlgrabens in Erfurt-Hochheim
 BE: Fragestellerin Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
 hinzugezogen: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt
- 5.2. Vertagung vom 21.01.2014/25.02.2014/01.04.2014 **2357/13**
 Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 18.12.2013
 Einwohneranfrage nach § 10 GeschO
 Hundewiese im Nordpark
 hinzugezogen:
 Einwohnerin
 Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
 Vertreter Untere Denkmalschutzbehörde
 Vertreter Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie
- 5.2.1. Vertagung vom 21.01.2014/25.02.2014/01.04.2014 **0032/14**
 Festlegung aus der öff. Sitzung des Stadtrates vom 18.12.2013, TOP 3.2, DS 2357/13 - Nachfragen
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
 hinzugezogen: Vertreter Untere Denkmalschutzbehörde
 Vertreter Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie
- 5.2.2. Vertagung vom 01.04.2014 **0489/14**
 Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 25.02.2014 - TOP 5.1. ...Hundewiese im Nordpark (DS 2357/13, 0032/14, 2371/13)
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr/Beigeordneter für Bürgerservice und Sicherheit
- 5.3. Vertagung vom 21.01.2014/25.02.2014/01.04.2014 **2381/13**
 Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 18.12.2013
 Hundewiese im Nordpark
 BE: Fragesteller Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE.
 hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Vertreter Untere Denkmalschutzbehörde
Vertreter Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und
Archäologie

- 5.4. Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 16.04.2014 **0560/14**
Bürgerpark Johannesplatz
BE: Fragesteller Herr Schmantek, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Bürgerinitiative
Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften
- 5.5. Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 16.04.2014 **0610/14**
Personenbeförderungsschein
BE: Fragesteller Herr Rudovsky, fraktionslos
hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice und Si-
cherheit
- 5.6. Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 16.04.2014 **0642/14**
Hundewiese im Nordpark
BE: Fragesteller Herr Richter, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau
und Verkehr
6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Vertagung vom 21.01.2014/01.04.2014 **2292/13**
Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom
12.11.2013 - TOP 5.1. ...Hochwasserschutz in Hochheim
(DS 1541/13+1787/13) - hier: Abschluss der Arbeiten
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom **0647/14**
01.04.2014 - TOP 7.1. ... Flurneuordnungen (Drucksache
2459/13)
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Ver-
kehr
- 6.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom **0648/14**
01.04.2014 - TOP 7.3. Sonstige Informationen - hier: Frei-
willige Feuerwehr Gispersleben
BE: Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften
7. Informationen
- 7.1. Antrag von Herrn Hutt vom 04.04.2014 zur Aufnahme der **0415/14**
Anfrage aus der Stadtratssitzung vom 12.03.2014
Aufstellung von Abfallbehältern in der Herrmann-Brill-

Straße

BE: Herr Hutt, Fraktion CDU

hinzugezogen: Herr Staufenbiel, Fraktion CDU

Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt

- 7.2. Umsetzung des Änderungsantrages Nr. 1 lfd. Nr. 11 zur **0770/14**
Haushaltssatzung und -plan 2014 DS2316/13
BE: Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes
- 7.3. Dringliche Information - Verkehrssituation an der Aktiv-
schule
BE: Ausschussvorsitzender Herr Hutt, Fraktion CDU
- 7.4. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Hutt, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile. Er stellte die form- und fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Beigeordnete für Bürgerservice und Sicherheit, Herr Götze, nutzte die Gelegenheit und bedankte sich bei Herrn Hutt für die jahrelange Tätigkeit als Ausschussvorsitzender sowie für die vertrauensvolle und angenehme Zusammenarbeit. Er überreichte Herrn Hutt einen Strauß Blumen.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Hutt, stellte zur Abstimmung, den TOP 5.4 vorzuziehen, da die anwesenden Vertreter der beteiligten Bürgerinitiative ebenfalls zum Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt geladen wurden, der zeitgleich am Kaffeetrichter stattfand. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit wurde der Aufnahme der dringlichen Informationsaufforderung:

- Maßnahmen gegen Graffiti, Drucksache 0834/14, Antragstellerin Frau Bongardt, Fraktion Freie Wähler und
- Durchfahrt Michaelisstraße-Benediktsplatz, Drucksache 0936/14, Antragsteller Herr Metz, Fraktion SPD,

in die Tagesordnung, bei einer Enthaltung zugestimmt.

Die Drucksachen wurden unter dem TOP 4 - Dringliche Angelegenheiten - eingeordnet.

Die vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Hutt, mündlich eingebrachte Information: Verkehrssituation an der Aktivschule - ohne Drucksachen-Nr. - wurde einstimmig auf die Tagesordnung der Sitzung genommen. Eine Behandlung erfolgte unter TOP 7 - Informationen.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 01.04.2014

genehmigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

- 4.1. Dringliche Informationsaufforderung - Maßnahmen gegen Graffiti 0834/14
BE: Antragstellerin Frau Bongardt, Fraktion Freie Wähler
hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice und Sicherheit

Eine Behandlung der Drucksache erfolgte nach dem TOP 7.2.

Die Fragestellerin Frau Bongardt, Fraktion Freie Wähler, berichtete darüber, dass sich Händler über zunehmende Graffitischmierereien beschwert haben. Sie fragte, wie viele illegale Graffiti zur Anzeige gebracht wurden. Der Beigeordnete für Bürgerservice und Sicherheit, Herr Götze, entgegnete darauf, dass diese Frage von Seiten der Verwaltung nicht beantwortet werden kann. Er erläuterte kurz das Verfahren, welches beim Beschmieren stadteigener Gebäude mit Graffiti angewandt wird.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich teils mehrfach:

Frau Bongardt:

- es sollte an Schulen mehr über Graffiti (Vandalismus) aufgeklärt werden
- Bürger, Händler und Touristen beschwerten sich über die Zustände

Herr Hutt, Ausschussvorsitzender:

- Polizei hat Zunahme illegaler Graffiti bestätigt
- Aufklärungsquote ist gestiegen auf 42%
- große Anfrage der CDU-Fraktion geplant, die u. a. Graffiti zum Inhalt hat

Herr Götze:

- Arbeitsgruppe Graffiti hat ihre Berechtigung
- verfassungsfeindliche Graffiti werden umgehend beseitigt
- Problem kann nicht aus der Stadt verdrängt werden
- Graffitikonzept wird von Seiten der Stadt nochmal überprüft

Herr Metz, Fraktion SPD:

- Anzeigen haben zugenommen
- Versicherungen gegen Graffiti werden abgeschlossen, die zur Schadensregulierung eine Anzeige benötigen.

zur Kenntnis genommen

- 4.2. Dringliche Informationsaufforderung - Durchfahrt Michaelisstraße - Benediktsplatz 0936/14
BE: Antragsteller Herr Metz, Fraktion SPD
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Fragesteller, Herr Metz, SPD-Fraktion, äußerte sein Unverständnis darüber, dass die Poller nicht repariert werden können. Der Vertreter des Tiefbau- und Verkehrsamtes berichtete darüber, dass die Poller durch einen Unfall beschädigt wurden, der Hersteller muss die Wiederherstellung gewährleisten und an den wurde jetzt herangetreten.

zur Kenntnis genommen

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates

- 5.1. Vertagung vom 21.01.2014/01.04.2014 2317/13**
Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 18.12.2013
Beräumung des Mühlgrabens in Erfurt-Hochheim
BE: Fragestellerin Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt

Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE., fragte für die verhinderte Fragestellerin, Frau Stange, wann denn eine Kostenschätzung vorliegen würde, worauf der Leiter des Garten- und Friedhofsamtes antwortete, dass die Schätzung demnächst vorliegen wird.

zur Kenntnis genommen

- 5.2. Vertagung vom 21.01.2014/25.02.2014/01.04.2014 2357/13**
Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 18.12.2013
Einwohneranfrage nach § 10 GeschO
Hundewiese im Nordpark
hinzugezogen:
Einwohnerin
Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
Vertreter Untere Denkmalschutzbehörde
Vertreter Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und
Archäologie

Die TOPs 5.2 (mit 5.2.1 und 5.2.2), 5.3 und 5.6 wurden aufgrund des thematischen Zusammenhangs gemeinsam beraten.

Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE., beantragte Rederecht für die Vertreter der beteiligten Bürgerinitiative, was einstimmig bestätigt wurde Auch das Rederecht an den Vertreter des Thüringer Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie wurde einvernehmlich erteilt.

Ein Vertreter der Bürgerinitiative führte darauf hin wie folgt zum Sachverhalt aus:

- seitens der Bürgerinitiative wurden mehrere Lösungsvorschläge unterbreitet
- gemäß der Auskunft aus dem Dezernat für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr ist noch keine Lösung gefunden worden
- nochmalige Bitte um Lösung des Problems

- Sicherheit für spielende Hunde vor Ort nicht gegeben
- ein Zaun scheint nicht gewünscht zu sein
- Verlegung der Hundewiese an eine andere Stelle wäre die beste Lösung, da dort auch eine Belästigung für andere Besucher des Parks nicht stattfinden würde.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Hutt, gab das Wort an den hinzugezogenen Vertreter vom Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, um die Belange des Denkmalschutzes zu erörtern.

Der Vertreter der Denkmalbehörde äußerte sich wie folgt:

- erklärte seine Zuständigkeit für historische Gartenanlagen
- der Nordpark ist eine Volksparkanlage
- Prinzip einer Volksparkanlage: hohe Nutzbarkeit
- Nutzung als Auenlandschaft mit einzelnen Gehölzgruppen
- keine Möglichkeit gestalterisch einzelne Bereiche abzutrennen
- würde Denkmalbelangen widersprechen
- vorhandene Zäune nicht rechtens, sind in damaliger Zeit entstanden, würden aber heute nicht mehr genehmigt werden.

Herr Metz von der SPD-Fraktion führte an, dass das politische Gremium keine Entscheidung treffen kann, ob ein Zaun aufgestellt werden soll oder nicht. Er sieht das Problem auch nicht bei den Hunden, sondern eher beim Autoverkehr in der Auenstraße, dieser müsste still gelegt werden.

Auf die Frage von Herrn Frenzel, ebenfalls Fraktion SPD, an den Vertreter der Denkmalbehörde, ob es gestalterische Mittel gibt, die den Hundebesitzern entgegen kommen könnten, antwortete dieser, dass er selbst nur Ausweichmöglichkeiten sieht.

Ein Vertreter der Bürgerinitiative sagte, dass es zwar schon viele Zäune im Nordpark gibt, ein kleiner bepflanzter "Hasenzaun" doch aber möglich sein müsste. Ebenso sollte eine Verlegung der Hundewiese nicht aus den Augen verloren werden, da müssten im Prinzip nur Schilder umgestellt werden.

Der zur Verlegung befragte Leiter des Garten- und Friedhofsamtes sah Schwierigkeiten einen anderen Platz zu finden, da auch andere Interessengruppen vorhanden wären, die das vielleicht nicht wollen. Ebenso dürfe nicht vergessen werden, dass der Nordpark Bestandteil der BUGA werden soll. Schon aus diesem Grund hält er zum derzeitigen Zeitpunkt eine Neuausweisung einer Fläche für nicht zielführend. Er bat um etwas Geduld, bis die BUGA-Wettbewerbsergebnisse vorliegen.

Herr Metz setzte sich für eine Übergangslösung ein, worauf eine Vertreterin der Bürgerinitiative berichtete, dass der Beigeordnete des Dezernates für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, dafür den Rodelhang angeboten hätte.

Der Leiter des Garten- und Friedhofsamtes sicherte den Vertretern der Bürgerinitiative zu, deren Anliegen/Angebote prüfen zu lassen.

zur Kenntnis genommen

- 5.4. Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 16.04.2014 0560/14**
Bürgerpark Johannesplatz
BE: Fragesteller Herr Schmantek, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Bürgerinitiative
Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften

Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE., beantragte Rederecht für die eingeladenen Vertreter der Bürgerinitiative Johannesplatz, was durch den Ausschuss einstimmig bestätigt wurde.

Der Sprecher der Bürgerinitiative stellte darauf hin die anderen anwesenden Mitglieder vor und führte wie folgt zum Anliegen der Bürgerinitiative aus:

- an einem Bürgerpark am Johannesplatz sind sehr viele Bürger interessiert
- weitere Vereine und Verbände haben ihr Interesse bekundet
- der in Frage kommende "Postsportplatz" ist ca. 2 Hektar groß
- früher war dort ein Fußballverein beheimatet
- das Gelände darf zwar mit Genehmigung der Post genutzt, aber nicht gestaltet werden
- seit Mitte der 90er-Jahre ist das Gelände Brachland
- eine Schülergruppe der IGS (Integrierte Gesamtschule) hat mit einem Nutzungskonzept einen zweiten Platz bei einem Zukunftswettbewerb gewonnen
- bei der Vorstellung des Projektes aus dem Wettbewerb hat sich die Bürgerinitiative gegründet
- fertiges Konzept liegt noch nicht vor, ist aber in Arbeit.

Die anwesende Ortsteilbürgermeisterin vom Johannesplatz unterstützt die Bürgerinitiative und würde einen Bürgerpark sehr begrüßen, da damit ein Highlight für den Ortsteil geschaffen werden könnte.

Weitere anwesende Sprecher von Interessengruppen äußerten sich folgendermaßen:

- Schülersprecher der IGS: das Schulkonzept der in der Nähe befindlichen Schule sieht eine Nutzung der Fläche vor, für Projekte wäre der Platz sehr gut geeignet
- Vertreter Volleyballverein: sieht die ständige Gefahr des Untersagens der weiteren Nutzung vom auf der Fläche vorhandenen Beachvolleyballfeld
- Vertreter des Fußballklubs Thüringer HC: neuer Fußballklub, sind nur Gast auf einem anderen Platz, würden den Postplatz im Einklang mit den anderen Interessengruppen ebenfalls gern nutzen

Der Ausschussvorsitzende, Herr Hutt, bedankte sich bei den Sprechern, gab aber zu Bedenken, dass die Stadtverwaltung im aktuellen Haushalt keine Mittel für etwa einen Kauf des Geländes eingestellt hat und dass es momentan auch kein Verkaufsangebot für das Grundstück gibt. Herr Metz, Fraktion SPD, führte dazu an, dass sich ein Kauf des Grundstücks schwierig gestalten wird und dass die Neugründung einer Sportstätte nur über den Sportstättenleitplan funktioniert, welcher im neuen Stadtrat erst überarbeitet werden muss.

Der Sprecher der Bürgerinitiative gab an, dass die Bürgerinitiative nichts "Fertiges" möchte, was die Stadt den Bürgern hinstellt, die Grünfläche sollte aber beispielsweise im Flä-

chennutzungsplan als Sportstätte ausgewiesen werden. Mit dem Grundstücksbesitzer Deutsche Post würde er auch selbst in Verbindung treten, um den Platz besser nutzen zu können. Die Bürger möchten sich dort gestalterisch selbst einbringen.

Herr Hutt verwies darauf, dass es keinen Antrag zum Abstimmen für den Ausschuss gibt, die Vertreter der politischen Parteien werden die Angelegenheit aber für die nächste Amtsperiode im Kopf behalten. Weiterhin sagte er, dass die Post einen Vertragspartner bräuchte und sich daher eine Vereinsgründung anbieten würde. Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE., fand die zuvor zum Ausdruck gebrachten Ausführungen lobenswert, sagte ebenfalls, dass im Moment eine Klärung des Sachverhalts nicht machbar sei und die Privatfläche nicht einfach so genutzt werden könne, da ein Verein dafür eintreten müsse. Sie fand das Vorhaben aber sehr unterstützenswert.

Damit wurde der TOP geschlossen.

zur Kenntnis genommen

- 5.5. Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 16.04.2014 0610/14**
Personenbeförderungsschein
BE: Fragesteller Herr Rudovsky, fraktionslos
hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice und Sicherheit

Herrn Kemmerich, fraktionslos, wurde einvernehmlich das Rederecht erteilt.

In Vertretung für den Fragesteller, Herrn Rudovsky, führte Herr Kemmerich wie folgt zum TOP aus:

- Taxiunternehmen sind auch für Krankentransporte zuständig
- damit haben sie große Aufgaben zu übernehmen
- Nachwuchsarbeit in dem Bereich gestaltet sich nicht einfach
- es sind im 1. Quartal nur fünf Personenbeförderungsscheine erteilt worden, das ist zu wenig
- Taxigenossenschaft hält das Verfahren für sehr komplex

Herr Kemmerich fragte, ob das Verfahren ins Ermessen der Stadt gestellt wird oder ob da auch Bundesgesetze eingreifen. Der Beigeordnete des Dezernates für Bürgerservice und Sicherheit, Herr Götze, entgegnete darauf, dass das Verfahren zum Erhalt des Personenbeförderungsscheins mit den örtlichen Taxiunternehmen erörtert wurde. Es wurde vereinbart, dass die Taxiunternehmen sinnvolle und zeitgemäße Fragen in den Inhalt der Ortskundeprüfung einbringen mögen, was aber nicht erfolgt ist. Weiterhin verwies Herr Götze darauf, dass das Verfahren bundesgesetzlich geregelt sei.

Herr Kemmerich monierte die in seinen Augen zu hohen Gebühren von etwa 370,- Euro für den Personenbeförderungsschein und dass die Verfahrenszeit, bis ein Taxi gefahren werden darf, mit 3 - 4 Monaten relativ lang ausfällt. Herr Metz, Fraktion SPD, warf darauf hin ein, dass er selbst Leute kennt, die die Ausbildung angefangen hätten, aber auch gerade im

Hinblick auf die zu erwartenden geringen Verdienstmöglichkeiten, die Ausbildung nicht beendet hätten.

Der Leiter des Bürgeramtes trug Folgendes vor:

- Bundesrecht wird direkt umgesetzt
- parallele Abarbeitung von Modulen ist möglich und erfolgt bereits
- es hat konstruktive Gespräche mit Taxiunternehmern gegeben
- weitere Gespräche über Optimierungsmöglichkeiten sollen geführt werden
- Anwärter springen oft einfach ab, ohne dass dem Amt hierfür Gründe genannt werden
- bei guter Koordination könnte die Lehrgangszeit von 12 auf 5 Wochen gesenkt werden.

Abschließend fragte Herr Kemmerich nach einer Entgeltanpassung, worauf der Leiter des Bürgeramtes antwortete. U. a. auf Grund der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist eine Anpassung der Entgeltordnung erforderlich. Ein entsprechender Antrag sei von den örtlichen Taxiunternehmen bereits gestellt.

zur Kenntnis genommen

- 5.6. **Verweisung aus der Stadtratssitzung vom 16.04.2014 0642/14**
Hundewiese im Nordpark
BE: Fragesteller Herr Richter, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau
und Verkehr

siehe TOP 5.2

zur Kenntnis genommen

6. **Festlegungen des Ausschusses**
- 6.1. **Vertagung vom 21.01.2014/01.04.2014 2292/13**
Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom
12.11.2013 - TOP 5.1. ...Hochwasserschutz in Hochheim
(DS 1541/13+1787/13) - hier: Abschluss der Arbeiten
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Es ergab sich kein Redebedarf.

zur Kenntnis genommen

- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 01.04.2014 - TOP 7.1. ... Flurneuordnungen (Drucksache 2459/13) 0647/14
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Es ergab sich kein Redebedarf.

zur Kenntnis genommen

- 6.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 01.04.2014 - TOP 7.3. Sonstige Informationen - hier: Freiwillige Feuerwehr Gispersleben 0648/14
BE: Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften

Es ergab sich kein Redebedarf.

zur Kenntnis genommen

7. Informationen

- 7.1. Antrag von Herrn Hutt vom 04.04.2014 zur Aufnahme der Anfrage aus der Stadtratssitzung vom 12.03.2014 0415/14
Aufstellung von Abfallbehältern in der Herrmann-Brill-Straße
BE: Herr Hutt, Fraktion CDU
hinzugezogen: Herr Staufenbiel, Fraktion CDU
Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt

Da der Fragesteller, Herr Staufenbiel, Fraktion CDU, nicht anwesend sein konnte, wurde in seinem Namen nach der Möglichkeit gefragt, Müllbehälter aufzustellen. Die zuständige Abteilungsleiterin des Umwelt- und Naturschutzamtes antwortete darauf, dass nur begrenzte Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Herr Frenzel, Fraktion SPD, entgegnete darauf, dass seiner Einschätzung nach die Abfallbehälter fast nur in der Innenstadt vorhanden seien, aber auch die Außenbereiche sauber gehalten werden müssen. Er fragte, ob nicht eine nahe liegende Einrichtung, die Entsorgung mit übernehmen könne.

Der Beigeordnete für Bürgerservice und Sicherheit, Herr Götze, schlug vor, den Sachverhalt noch einmal mitzunehmen, um eine Lösung zu finden.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligten sich wie folgt:
Zuständige Abteilungsleiterin des Umwelt- und Naturschutzamtes:

- andere Einrichtung z. B. eine Schule, kann nicht einfach Entsorgung für andere Flächen mit übernehmen

Herr Rebhan, sachkundiger Bürger:

- Flächen wurden durch die Stadt als Parkflächen für LKW ausgewiesen, Stadt muss für Müllbehältnisse sorgen

Frau Bongardt, Fraktion Freie Wähler:

- Gelder für Entsorgung müssen bereitgestellt werden

Herr Weißenborn, sachkundiger Bürger:

- bei ausgewiesenen Parkplätzen müssen Müllbehältnisse aufgestellt und Kosten geprüft werden.

Durch den Ausschuss wurde folgende Festlegung getroffen:

Die Kosten für die Aufstellung von Müllbehältnissen und für die Entsorgung des Mülls beim Lkw-Parkplatz in der Hermann-Brill-Straße sind darzustellen und pragmatische Lösungsvorschläge vorzulegen.	Drucksachen-Nr. 1133/14
--	----------------------------

zur Kenntnis genommen

**7.2. Umsetzung des Änderungsantrages Nr. 1 lfd. Nr. 11 zur 0770/14
Haushaltssatzung und -plan 2014 DS2316/13
BE: Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes**

Zu diesem TOP gab es keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

**7.3. Dringliche Information - Verkehrssituation an der Aktiv-
schule (mündlich)
BE: Ausschussvorsitzender Herr Hutt, Fraktion CDU**

Gegen das Rederecht für den Anwohner erhob sich kein Widerspruch.

Der Beigeordnete für Bürgerservice und Sicherheit, Herr Götze, eröffnete die Diskussion und führte dazu aus, dass das Problem an einigen Schulen bestehen würde, da viele Schüler nicht schulnah wohnen und von den Eltern mit Autos gebracht und abgeholt werden. Der Anwohner berichtete darüber, dass er täglich in der Wohnanlage erleben müsse, dass sich verkehrswidrig verhalten wird. Er sprach sich für eine Lösung aus, die annähernd gute Verkehrsbedingungen schafft.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich teils mehrfach:

Herr Metz, SPD-Fraktion:

- das Problem ist nicht an die Elternvertretung der Schule herangetragen worden
- dort sollte von den Anwohnern das Gespräch gesucht werden

- Mischung zwischen Gesprächen und wirkungsvollen Kontrollen wäre gut
Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

- Eltern fahren die Kinder zur Schule um sie vor Gefahren zu schützen
- dabei stellen sie als Autofahrer selbst die Gefahr dar

Herr Weißenborn, sachkundiger Bürger:

- eine verträgliche Lösung für beide Seiten muss gefunden werden
- jede Schule hat andere Gegebenheiten, was Parkmöglichkeiten vor Ort angeht
- Verkehr ist nicht das Problem

Herr Götze:

- Schulleiterin ist gefordert zu Gesprächen
- Herr Götze ruft sie selbst an, um eine Lösung zu finden
- sichert Geschwindigkeitskontrollen und die des ruhenden Verkehrs zu

zur Kenntnis genommen

7.4. Sonstige Informationen

Sonstige Informationen gab es nicht.

gez. Hutt
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in